

Wahl des nächsten Europäischen Parlaments im Jahr 2024: ein Aufruf zum Handeln

Stärkung der Zukunft Europas: Die Agenda der lokalen und regionalen Regierungen für eine effektive Regierungsführung Europa und die Welt stehen nach wie vor vor tiefgreifenden Herausforderungen, auf die die nationalen Regierungen allein nicht angemessen reagieren können. Gleichzeitig finden die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Jahr 2024 zu einem Zeitpunkt statt, in dem Europas Demokratie vor beispiellosen Herausforderungen steht.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und unsere nationalen Verbände unterstützen nach wie vor die Grundwerte, insbesondere die demokratische Regierungsführung, die Achtung der Menschenrechte, die Subsidiarität und die Nachhaltigkeit. Die Bedeutung der Aufrechterhaltung der lokalen und regionalen Autonomie gegen die Tendenzen der Rezentralisierung und die Versuche, die Macht auch auf lokaler Ebene zu reduzieren, sind ein Kernpunkt der Mission des RGRE. Daher warten wir gespannt auf das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr und sind bestrebt, mit den neuen Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEPs) zusammenzuarbeiten, um effektive Strategien auszutauschen und mitzugestalten.

Lokale und regionale Regierungen (LRGs) sind nicht nur für die Erbringung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen in unseren Gebieten verantwortlich; sie und ihre repräsentativen Verbände überbrücken auch die Kluft zwischen Europa und seinen Bürgern. Einerseits helfen sie den Bewohnern der europäischen Kommunen und Regionen, die Relevanz der EU für ihr tägliches Leben zu verstehen. Andererseits kommunizieren sie die Bedürfnisse unserer Territorien, der EU und den internationalen politischen Entscheidungsträgern. Kommunen sind oft der größte Arbeitgeber in der Region und spielen eine Schlüsselrolle als solcher und bei der Gestaltung der lokalen Arbeitskräfte.

Als Umsetzer der öffentlichen Politik sind die LRGs jedoch mit der Verbreitung von EU-Initiativen konfrontiert. Dies gilt insbesondere im Bereich Klima, Energie und Umwelt – einem Bereich, in dem die EU-Entscheidungsträger in den letzten Jahren sehr aktiv waren und wo Maßnahmen zur erfolgreichen Umsetzung einer dekarbonisierten Zukunft zu einem großen Teil von Maßnahmen der LRGs abhängen.

Die Qualität unserer Vereinbarungen der Regierungsgewalt in Europa kann und sollte durch den Beitrag, das Know-how und die Fähigkeiten lokaler und regionaler Führungskräfte gesteigert werden. Unser Modell der partnerschaftlichen Regierungsführung in Europa ist ein wesentliches Instrument, um integrative Ergebnisse zu erzielen, die niemanden und keinen Ort zurücklassen.

Das nächste Europäische Parlament muss sich zu einer politischen Agenda verpflichten, die unseren Bürgern, Unternehmen und Gemeinschaften wirklich dient und durch Partnerschaft und Mitgestaltung untermauert wird. Der RGRE und seine nationalen Verbände sind bestrebt, in diesem Prozess eine konstruktive Rolle zu spielen. Unsere Kernbotschaften und Empfehlungen sind wichtige Voraussetzungen, um diese Diskussion in Gang zu bringen.

Aktive Subsidiarität und stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regierungsebenen

- Die subnationalen Regierungen sind für über 50 % der öffentlichen Investitionen verantwortlich.¹ Auch wird regelmäßig geschätzt, dass die Beteiligung der regionalen und lokalen Regierungen an der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften auf nationaler Ebene je nach Land mindestens 70 % beträgt.
- Eine wirksame Politik wird durch eine gute Regierungsführung untermauert, in deren Mittelpunkt das Subsidiaritätsprinzip² steht. Dies erfordert, dass Entscheidungen auf der möglichst bürgernahen Ebene getroffen werden, wobei die lokale Ebene als primärer Handlungspunkt anerkannt wird. Die an Ort und Stelle angepasste Umsetzung der Politik ermöglicht eine bessere Anwendung der Grundsätze der lokalen Selbstverwaltung.
- Die Gewährleistung der Anwendung sinnvoller Subsidiaritätsregelungen ist für eine bessere Politik von entscheidender Bedeutung und erfordert eine stärkere Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in alle Phasen des EU-Entscheidungsprozesses.
- Zusammenarbeit und Koordination über und zwischen Regierungsebenen hinweg sind unerlässlich, um öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, die effektiv auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen, und um Europas Fähigkeit zu verbessern, angemessen auf zukünftige Krisen zu reagieren. Die Politik und die Entscheidungsträger der EU müssen mit den LRGs zusammenarbeiten, um die ehrgeizigen Ziele der EU, einschließlich in den Bereichen Klima, Energie und nachhaltige Industrie, am besten zu erreichen und sicherzustellen, dass die subnationalen Herausforderungen und Bedürfnisse angemessen angegangen werden.

Als Mitgesetzgeber sollten die Mitglieder des Europäischen Parlaments in einer frühen Phase des Gesetzgebungsverfahrens die Auswirkungen der Vorschläge auf die lokale und regionale Verwaltung prüfen, um die Durchführbarkeit und die optimalen Ergebnisse zu gewährleisten.

Das nächste Europäische Parlament sollte darauf bestehen, dass das "Partnerschaftsprinzip" auf alle EU-Politiken angewendet wird, insbesondere in Bezug auf zukünftige EU-Finanzierungsinstrumente und Investitionspolitiken. Darüber hinaus sollte es mit der Europäischen Kommission zusammenarbeiten, um die Verlängerung des Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften (Delegierte Verordnung 240/2014) anzustreben.

Der RGRE fordert die Mitglieder des nächsten Europäischen Parlaments nachdrücklich auf, einen ständigen Dialog zwischen hochrangigen politischen Entscheidungsträgern aus der EU und den nationalen Regierungen aufzunehmen, um mit den lokalen und regionalen Verwaltungen bei der Umsetzung wichtiger politischer Fragen der EU wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Netto-Null-Industrie zusammenzuarbeiten.

Die EU-Gesetzgeber müssen sicherstellen, dass die Gestaltung neuer Politiken, die im Zusammenhang mit dem Grünen Deal der EU geplant sind, im Einklang mit wirksamen Partnerschaften zwischen allen Regierungsebenen – EU, national und subnational – gestaltet und verhandelt wird.

Das nächste Europäische Parlament sollte alle EU-Politiker ermutigen, sich für vereinfachte und schlankere Vorschriften für staatliche Beihilfen einzusetzen, die die Bedingungen für eine verbesserte lokale wirtschaftliche Entwicklung fördern würden. Dies ist insbesondere in der Zeit nach der COVID-19-Pandemie und den erhöhten Bau- und Energiekosten, die sich aus dem Angriff Russlands auf die Ukraine ergeben, notwendig.

¹ Basierend auf einer Stichprobe aus 30 OECD-Ländern, https://www.oecd.org/effective-public-investment-toolkit/Full_report_Effective_Public_Investment.pdf

² Gemäß der Definition von Artikel 5 Absatz 3 des EU-Vertrags

Systemische Ansätze und innovative Instrumente für gerechtere, inklusivere und nachhaltigere Gesellschaften Der Klimawandel und die Energiewende haben für die LRG nach wie vor oberste Priorität, zumal der Klimawandel immer deutlicher sichtbar wird. Lokale und regionale Regierungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Suche nach innovativen und integrativen Antworten auf diese Krise, insbesondere angesichts der Notwendigkeit, die Akzeptanz der Öffentlichkeit für diesen notwendigen Übergang zu sichern.

Die Transformation unserer Gesellschaften durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz macht es unerlässlich, digitale Lösungen zu entwickeln, die auf lokal generierten Daten basieren. Dies gewährleistet die Lieferung von lokal zugeschnittenen und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen für unsere Gemeinden.

Lokale und regionale Behörden sind wichtige Wegbereiter des digitalen Wandels und benötigen daher ausreichende öffentliche und private Investitionen in Technologien, Infrastrukturen und Kompetenzen für digitale Dienste, um dieses Ziel zu erreichen.

Geschlechtertransformative Ansätze, die die zugrunde liegenden Ursachen von Ungleichheiten herausfordern und transformieren, sind ein wichtiger Aspekt, um den grünen, digitalen und gerechten Übergang in Europa erfolgreich zu erreichen.

Um eine gerechte, gleichberechtigte und nachhaltige Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger Europas zu erreichen, bedarf es nicht nur eines transformativen Ansatzes für die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch einer intersektionalen Sichtweise, die diejenigen anerkennt und zu Wort kommen lässt, die von übergreifender Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind.

Das nächste Europäische Parlament wird weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Migrations- und Integrationspolitik der EU spielen. Die Verbesserung des Dialogs zwischen EU-Entscheidungsträgern und lokalen sowie regionalen Regierungen ist ein unschätzbares Instrument, um die Umsetzung der EU-Politik zur Integration und Inklusion von Migranten in unsere Gemeinschaften und Gesellschaft zu verbessern.

Der RGRE fordert das Europäische Parlament auf, sich mutig für ein günstiges Umfeld einzusetzen, das die digitale Kompetenz der lokalen öffentlichen Verwaltungen unterstützt. Der EU-Rahmen muss im Einklang mit nutzerzentrierten lokalen öffentlichen Diensten entwickelt werden, um Lücken zu schließen, wo sie bestehen.

Das Europäische Parlament muss weiterhin ein wichtiger Verfechter der Gleichstellung und Inklusion der Geschlechter sein. Seine Bemühungen sollten sich auf die Schließung wirtschaftlicher Geschlechterunterschiede, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, einschließlich Cyber-Gewalt und Belästigung, und den Abbau schädlicher Geschlechterstereotypen konzentrieren, um eine sichere und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am politischen Leben zu gewährleisten.

Das nächste Europäische Parlament sollte eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU-Politik und den Entscheidungsträgern bei der Bereitstellung von Ad-hoc- und flexiblen Finanzierungsressourcen sowie geeigneten Instrumenten zur Unterstützung der Aufnahme, der Integration und der Eingliederung von Migranten in lokale Gemeinschaften fördern.

Ein integrierter territorialer Ansatz in der gesamten EU-Politikgestaltung

Eine sinnvolle Beteiligung von Gebieten aller Art und Größe bringt der Europäischen Union bemerkenswerte Vorteile, indem sie die Bandbreite der bestehenden Herausforderungen hervorhebt und es ermöglicht, diese gemeinsam und ganzheitlich anzugehen. Es ermöglicht die Festlegung von ortsbezogenen Strategien, je nach den Bedürfnissen bestimmter Gebiete und Gemeinschaften.

Städtische und ländliche Gebiete verfügen über Vermögenswerte, die sich gegenseitig ergänzen und sich gegenseitig verstärken können, was die Idee des städtischen/ländlichen Kontinuums untermauert. Eine trennende städtische und ländliche Politik ist kontraproduktiv; es ist von entscheidender Bedeutung, einen umfassenden und integrierten territorialen Ansatz zu verfolgen.

Die europäischen politischen Entscheidungsträger müssen die ortsbezogene Zusammenhaltspolitik der EU weiter stärken und sich bei der Ausarbeitung neuer und der Überarbeitung bestehender Rechtsvorschriften an den Grundsatz halten, dem Zusammenhalt keinen Schaden zuzufügen.

Zukünftige EU-Gesetzgeber sollten die nächste Europäische Kommission, die im Herbst 2024 ihr Amt antritt, ermutigen, einen engagierten Beauftragten für territoriale Entwicklung mit einem klaren Mandat zu ernennen, um die strategische und langfristige Zusammenhaltspolitik der EU voranzutreiben.

Nach der Einsetzung des nächsten Europäischen Parlaments fordern wir die neuen Mitgesetzgeber nachdrücklich auf, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe für den öffentlichen Dienst einzurichten, die sich auf die Verbesserung der lokalen und regionalen öffentlichen Dienstleistungen konzentriert.

Ein offenes und verantwortungsbewusstes Modell der internationalen Zusammenarbeit

- Europäische Partnerschaften, Partnerschaftsvereinbarungen und Erweiterungen der Europäischen Union haben ihre Bedeutung unter Beweis gestellt, indem sie gemeinsame Werte fördern und zu Offenheit und einem besseren Verständnis zwischen verschiedenen Gruppen und Gemeinschaften beitragen.
- Die internationale Zusammenarbeit ist entscheidend, um die Agenda 2030 auf lokaler und regionaler Ebene zu erreichen. Das Lernen unter Gleichgesinnten in Europa und darüber hinaus kann positive und für beide Seiten vorteilhafte Veränderungen bewirken, die die Standards für die lokale öffentliche Politik in Europa und weltweit erhöhen.
- Die dezentralisierte Zusammenarbeit unterstützt den Aufbau gleichberechtigter Partnerschaften, indem sie Brücken zwischen den Gebieten schlägt. Finanzierungsinstrumente sollten weiter territorialisiert werden, damit sie angepasst und für LRGs zugänglich gemacht werden können.
- Die nationalen Regierungen und die EU sollten die Lokalisierung und Territorialisierung der SDGs beschleunigen. Dies erfordert, dass den LRGs die angemessene Handlungsautonomie, angemessene Mittel und Ressourcen zugewiesen werden, um die Agenda 2030 in ihren Gemeinden umzusetzen

Das nächste Europäische Parlament wird dringend aufgefordert, die dezentralisierte Zusammenarbeit weiterhin als Referenzinstrument zu unterstützen; dieser Ansatz hat sich als wirksam erwiesen und eine inklusive internationale Zusammenarbeit und Demokratie zwischen der EU und ihren globalen Partnern gefördert.

Die Politik und die Entscheidungsträger der EU sollten den LRGs politischen Raum und Anerkennung geben, indem sie einen regulären Dialog mit der subnationalen Ebene aufnehmen und lokale gewählte Vertreter in ihre Delegationen zu allen relevanten Treffen auf hoher Ebene einbeziehen. Dazu gehören die Treffen des Hochrangigen Politischen Forums und andere Gipfel, die von den Vereinten Nationen und den europäischen Institutionen veranstaltet werden.

Das nächste Europäische Parlament sollte Finanzierungslinien und -möglichkeiten für LRGs in allen EU-Außenfinanzierungsinstrumenten wieder einführen und verankern, mit besonderem Augenmerk auf dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit – Globales Europa.

Da die Zeit bis zu den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament immer kürzer wird, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gehört wird, während die politischen Parteien ihren Programmen den letzten Schliff geben und ihre Kandidatenlisten aufstellen. Der RGRE legt seine Agenda für die Zusammenarbeit mit dem Mitgesetzgeber der EU vor, da wir der Ansicht sind, dass wir nur durch die Zusammenarbeit mit den zukünftigen politischen Entscheidungsträgern Europas eine Chance haben, die von uns allen angestrebten Ergebnisse zu erzielen.

CCRE-CEMR

Conseil des Communes et Régions d'Europe Council of European Rat der Europäischen Kommunen und Regionen 1 Square de Meeûs B - 1000 Brüssel